

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Amelshain, Bensch, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und KleinReinberg, Klinge, Köben, Luthardt, Pomßen, ~~...~~, Uprem etc.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Ersteinst wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. **Bezugspreis: Monatlich Mk. 1.—, 1/2jährlich Mk. 4.—,**
ohne Anzeigen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsler
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Abspaltzeile 70 Pfg., auswärts 80 Pfg. Um-
schlicher Zeit Mk. 1.50, Reklamezeile Mk. 1.50. Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—.
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages,
früher noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. —
Belegungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortl. Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Güng & Co., Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 105

Sonntag, den 4. September 1921

32. Jahrgang

Amthliches.

Die **Polizeistunde** wird einheitlich auf 1 Uhr vormittags festgesetzt, jedoch sind Vorführungen in Theatern, Lichtspielhäusern und sonstigen öffentlichen Schauhallenräumen nicht über 12 Uhr mitternachts auszudehnen.
Naunhof, am 2. September 1921. **Der Bürgermeister.**

Die Geschäftsräume des Stadtrates, des Ständesamtes und der Sparkasse bleiben wegen Reinigung **Montag, den 5. und Dienstag, den 6. September d. J. geschlossen.** Dringliche Sachen und Ständesamtsfälle werden an beiden Tagen zwischen 10 und 11 Uhr vormittags im Rathaus erledigt.
Naunhof, am 29. August 1921. **Der Bürgermeister.**

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Zur Frage der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern hat der Reichstanzler im Überwachungsausschuss des Reichstages eine Rede gehalten.
- * Zentrum, Demokraten und Volkspartei beantragten gemeinsam, daß die Frage des Ausnahmezustandes in Bayern auf dem Verhandlungswege zwischen Berlin und München geregelt werden soll.
- * Das Verbot des Berliner Lokal-Anzeigers und des Tag ist aufgehoben worden.
- * Unter dem Verdacht, Erzberger ermordet zu haben, wurde in Lützingen ein Student verhaftet. Es wurden ihm zwei Schulweissen abgenommen.
- * Professor Dr. Martin Spahn ist aus der Zentrumspartei ausgeschlossen und in die Deutschnationale Partei eingetreten.
- * Auf dem Deutschnationalen Parteitag wurde eine Entschließung gegen die Zeitungsverbote angenommen.
- * Bei einer Kundgebung in Speyer drang eine Anzahl Demonstranten in das Regierungsgebäude und warf die dort befindlichen Monarchenbilder und Wäfen aus den Fenstern auf die Straße.
- * In Paris wird mit der Möglichkeit einer Kabinettskrisis geredet.

Neutrale Untersuchung.

Der gute Wille zur Unparteilichkeit ist da. Das läßt sich schon nach der ersten Entscheidung, zu welcher der Völkerrundrat in der Oberschlesischen Frage gelangt ist, mit Befriedigung feststellen. Er hat zunächst die an der Behandlung der Frage bisher beteiligten Staaten, soweit sie in feiner Mitte vertreten sind, ausgeschaltet und eine Art neutralen Untersuchungsausschuss eingesetzt, dem die Vertreter von Belgien, China, Brasilien und Japan angehören und von ihnen eine Vorprüfung des Streitfalles vornehmen zu lassen. Ausgeschlossen sind also England, Frankreich, Italien und Spanien, das letztere, obwohl es mit der ober-schlesischen Angelegenheit bis jetzt nur in ganz oberflächlicher Weise befaßt gewesen ist.

Der Völkerrundrat hat diesen Beschluß gefaßt, und zwar einstimmig gefaßt, um sich, wie er sagt, in voller Unabhängigkeit ein Urteil über die ihm unterbreitete Frage bilden zu können. Der Untersuchungsausschuss soll ihre verschiedenen Seiten studieren, und zwar ebenso wie nach den vom Obersten Rat übermittelten Dokumenten wie nach jeder anderen Informationsquelle. Er hat das Recht, alle Ansichten einzuholen, die er für nützlich hält, und soweit notwendig, technische Sachverständige heranzuziehen. Auch von diesen wird gewünscht, daß sie möglichst an den bisherigen Untersuchungen und Beratungen nicht teilgenommen haben, während empfohlen wird, sie aus der Reihe derjenigen Personen zu entnehmen, die bereits an den technischen Arbeiten des Völkerrundrates beteiligt waren. Einwohner des fraglichen Gebietes, und zwar sowohl deutsche wie polnische, sollen zum Zweck der Auskunft über lokale Fragen, die den Mitgliedern notwendig erscheinen können, vernommen werden, und der technische Ausschuss des Völkerrundrats wird der Kommission zu allen Diensten zur Verfügung gestellt. Im übrigen wird ihr feinerer bestimmter Verfahren für ihre Arbeiten vorgeschrieben, sie soll vielmehr dabei völlig frei sein. Soweit sie ihren Bericht erstattet hat, wird der Völkerrundrat die weitere Verhandlung der Frage sofort wieder aufnehmen. Darüber hinaus aber behält er sich das Recht vor, in jedem Augenblick zusammenzutreten, um die Ergebnisse der im Gange befindlichen Untersuchung zu prüfen.

Dieser letzte Vorbehalt scheint auf den Vertreter Frankreichs, Herrn Bourgeois, zurückzuführen, der wohl für alle Fälle die Möglichkeit behalten wollte, einzugreifen, wenn ihm die Dinge im Untersuchungsausschuss für Frankreich unerwünschten Verlauf zu nehmen drohten. Der Gedanke selbst, zunächst einmal einen möglichst unbeteiligten Ausschuss mit der Oberschlesischen Frage zu beauftragen, dürfte vom englischen Vertreter im Völkerrundrat, Herrn Wilson, ausgegangen sein, der ausdrücklich erklärte, daß es vor allem darauf ankomme, das strittige Problem nicht nur mit Gründlichkeit, sondern auch in voller Gerechtigkeit zu prüfen. Nicht darum handle es sich, den leicht verständlichen, aber jedenfalls sehr bedauerlichen Streit des Obersten Rates hier fortzuführen, der Völkerrundrat werde bei der Entscheidung seine völlige Unabhängigkeit zu beweisen haben. — Dieser Geist könnte überhaupt nirgends mehr bestehen, wenn wir ihn nicht hätten, aber ich glaube, daß wir ihn haben. — Nach ganz kurzem Zusammensein ging dann der Völkerrundrat wieder auseinander, der Untersuchungsausschuss wird seine Arbeiten in Genf weiterführen, und man hofft, daß er spätestens Ende September mit ihnen fertig werden wird.

Rundrat werde bei der Entscheidung seine völlige Unabhängigkeit zu beweisen haben. — Dieser Geist könnte überhaupt nirgends mehr bestehen, wenn wir ihn nicht hätten, aber ich glaube, daß wir ihn haben. — Nach ganz kurzem Zusammensein ging dann der Völkerrundrat wieder auseinander, der Untersuchungsausschuss wird seine Arbeiten in Genf weiterführen, und man hofft, daß er spätestens Ende September mit ihnen fertig werden wird.

Rundrat werde bei der Entscheidung seine völlige Unabhängigkeit zu beweisen haben. — Dieser Geist könnte überhaupt nirgends mehr bestehen, wenn wir ihn nicht hätten, aber ich glaube, daß wir ihn haben. — Nach ganz kurzem Zusammensein ging dann der Völkerrundrat wieder auseinander, der Untersuchungsausschuss wird seine Arbeiten in Genf weiterführen, und man hofft, daß er spätestens Ende September mit ihnen fertig werden wird.

Um die Ausnahmeverordnung.

Bayerns Widerpruch.
Die am 29. August erlassene Verordnung des Reichspräsidenten, wonach zum Schutz der staatlichen Ordnung die Versammlungs- und Pressefreiheit gewissen Beschränkungen unterworfen wird, hat in den wenigen Tagen ihrer Rechtsgültigkeit bereits erhebliche Aufregung verursacht. Nachdem auf Grund dieser Verordnung bereits eine Anzahl von Zeitungen verboten worden sind, unter denen sich auch einige bayerische befinden, und nachdem ferner erkannt wurde, daß man in Berlin nach der Aufhebung des Belagerungszustandes in Ostpreußen und Mitteldeutschland nun auch die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern plane, hat in Bayern eine lebhafteste Gegenbewegung eingesetzt, da man dort die Schritte der Reichsregierung als Eingriffe in die bayerischen Sonderrechte ansieht. Der Unwille der Bayern kam zunächst in einer gemeinsamen Kundgebung der vier bayerischen Regierungsparteien zum Ausdruck. Darin wird gefaßt:

„Die Verordnung des Reichspräsidenten und die Bestrebungen, die auf eine sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern hinarbeiten, greifen so tief in das staatliche Eigenleben ein, daß sich aller davor, die in der Befreiung des eigenständlichen Charakters der Länder die größte Gefahr für die deutsche Einheit erblickt, die größte Erregung bemächtigt hat. Ohne jeden vorübergehenden Gebanenaustausch mit der bayerischen Regierung hat die Reichsregierung Entscheidungen getroffen, die weit in die innerpolitischen Verhältnisse der Länder eingreifen. Gegen diese Methode legen wir entschieden Verwahrung ein.“

Im Reichsrat

wurde ebenfalls über die neue Verordnung verhandelt. Auch dort erhob der Vertreter Bayerns scharfen Protest gegen die Verordnung und besonders gegen die Art ihrer Handhabung. Der bayerische Gesandte gab dem Bedauern und der Aberration Ausdruck, daß die Verordnung ohne jede Fühlungnahme mit den hauptbeteiligten Landesregierungen erlassen worden sei. Die durch die Verordnung erfolgte Ausschaltung sei eine Maßnahme, die schwerste Bedenken der bayerischen Regierung erwecke. Er hoffe aber, daß die Reichsregierung beim Vollzug der Verordnung mit den Landesregierungen in Fühlung trete und nicht, wie das bisher geschehen sei, ohne vorherige Fühlungnahme Zeitungsverbote von Berlin aus erlasse. — Freiherr von Sahl stellte namens der Mehrheit der Vertreter der preussischen Provinzialverwaltungen die Frage an die Reichsregierung, ob sie die Verordnung auch gegen das staatsgefährliche Treiben der äußersten Linken anwenden wollte.

Reichsminister Dr. Gradnauer erklärte, er könne sich nicht erinnern, daß in den zahlreichen früheren Fällen, in denen ähnliche Verordnungen erlassen wurden, mit allen Landesregierungen vorher Fühlung genommen worden sei. Es habe feinerer Rücksicht vorgelegen, die Landesregierungen zu umgeben. In keinem früheren Falle sei irgendwie davon die Rede gewesen, daß diese Verordnungen etwa nur gegen links und auch nicht gegen rechts gerichtet werden sollten, sondern sie sind allgemein gegen diejenigen gerichtet, die gegen die Verordnungen handeln. Die Verordnung richte sich nicht gegen Parteien, sondern gegen alle Elemente, die in der Weise sich verhalten, daß dadurch der öffentliche Friede schwer gefährdet würde.

Die Presseverbote

haben besonders großen Anlaß zu Beschwerden gegeben.

Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß es sich bei diesen Verböten, die bekanntlich nicht wegen einzelner bedenklicher Äußerungen der betroffenen Blätter, wie es sonst üblich ist, sondern wegen ihrer ganzen Haltung und Gesinnung unterdrückt werden, nicht um Strafmaßnahmen, sondern um Verwaltungsmaßnahmen zur Sicherung der Ruhe handle. Solche könnten auch mit rückwirkender Kraft ergriffen werden, während Strafen auf Grund früherer, vor dem Erlaß der Verordnung begangenen Verstöße nach den Bestimmungen des Artikels 116 der Verfassung allerdings nicht verhängt werden dürften. In der Praxis kommt aber beides auf dasselbe heraus, die Blätter werden auf diese wie auf jene Art verboten. In den maßgebenden Organisationen der Presse hat bereits eine starke Protestbewegung gegen dieses rechtlich angreifbare und vor allem politisch höchst ungewollte Mittel eingesetzt, besonders nachdem der Berliner Lokal-Anzeiger und der Tag nur deshalb verboten wurden, weil sie aus dem verbotenen Wiesbadener Anzeiger eine ungläubig verheerende Äußerung abgedruckt hatten, ebenso wie es die nicht verbotene Freiheit getan hat, alle natürlich, ohne irgendwie dem Wiesbadener Blatte zuzuschreiben. Diese Übertretung der Regierung wird übrigens schleunigst rückgängig gemacht werden, wie überhaupt die Methode, Blätter wegen ihrer Allgemeinrichtung zu verbieten, so rasch als möglich wieder durch das normale Verfahren abgelöst werden muß, daß man den einzelnen Sänder wegen seiner Übertretung im Einzelfalle durch den Staatsanwalt beim Krage nehmen läßt.

Die Stellungnahme des Reichstanzlers.

Die ganze Angelegenheit kam dann aus Anlaß eines Antrages betreffend die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern auch noch im Ausschuss des Reichstages zur Debatte. Der Ausschuss war zu diesem Zweck besonders einberufen worden. An der Sitzung nahmen fünfzehn Mitglieder des Ausschusses teil, vertreten waren alle Reichstagsparteien bis auf die Deutschnationalen, die fernblieben. Die Regierung war vertreten durch den Reichstanzler Dr. Birth, durch den Reichsminister des Innern, Dr. Gradnauer, und den Reichsjustizminister Dr. Schiffer. Ferner war der bayerische Gesandte in Berlin, von Preger, anwesend. Die Aussprache nahm einen ziemlich erregten Verlauf, die Gegensätze prallten scharf aufeinander. Für die Unabhängigen führte Abg. Dittmann das Wort, der sehr scharf gegen die Reaktion und gegen das Ruhr-System in Bayern sprach. Der bayerische Gesandte v. Preger vertrat auch hier nochmals den Standpunkt der bayerischen Regierung. Ein Eingriff in die Volkshoheit, wie er durch das Verbot von bayerischen Zeitungen geschehen ist, stehe für das selbstbewußte bayerische Volk eine schwere Belastung dar. Die Bayern seien gewohnt, von München aus und nicht von Berlin aus regiert zu werden. Er warne davor, den Bogen zu überspannen. Es wäre der Gipfelpunkt der Torheit, den Versuch zu machen, den Ausnahmezustand in Bayern gegen den Willen der bayerischen Regierung aufzuheben.

Der Reichstanzler, der soeben von der Reise zurückgekehrt war und noch sichtlich unter dem Eindruck des Begräbnisses seines Parteifreundes Erzberger stand, erwiderte dem Gesandten ziemlich scharf, und betonte, daß die Maßnahmen der Regierung vor allem auch unter Berücksichtigung außenpolitischer Gesichtspunkte getroffen würden. Er kündigte jedoch an, daß die Reichsregierung keineswegs die Absicht habe, von vornherein durch eine Verordnung des Reichspräsidenten die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern zu dekretieren. Die Reichsregierung werde in mündliche Besprechungen mit der bayerischen Regierung eintreten, und er hoffe, daß es auf dem Wege freundschaftlicher Verhandlungen

gelingen werde, mit der bayerischen Regierung ein Einvernehmen zu erzielen und sie zur Aufhebung des Belagerungszustandes zu veranlassen. In sehr nachdrücklicher Weise betonte der Reichstanzler die Notwendigkeit eines entschiedenen Vorgehens gegen das reaktionäre Treiben. Es sei bedenklich, das Bürgerium gegen das Proletariat und umgekehrt auszuspielen. Und er machte keinen Hehl daraus, daß er, wenn das Schlagwort: „Die Bürgerium, die Proletariat!“ lauten sollte und in das „Bürgerium“ auch die Feinde der Verfassung und der gegenwärtigen Staatsordnung inbegriffen sein wollten, es vorziehen würde, sich auf die Seite des Proletariats zu stellen.

In der anschließenden Debatte gab der Sprecher der Deutschen Volkspartei, Abg. Dr. Radl, die wichtige Erklärung ab, daß die Deutsche Volkspartei, die sich auf den Boden der gegenwärtigen Verfassung stelle, auch bereit sei, sie zu schützen und jede Hetze gegen diese Verfassung — sei es von rechts oder von links — bekämpfe. Andererseits sei die Deutsche Volkspartei auch gegen jede Ausnahmeverordnung, die sich einseitig gegen eine Partei richte. — Die bürgerlichen Parteien, nämlich Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten haben gegen den der Beratung zugrunde liegenden Antrag der Unabhängigen, wonach die Reichsregierung für die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern sorgen solle, einen gemeinsamen Gegenantrag

eingebracht, der dahin lautet:
„Die Reichsregierung werde ersucht, die Verhand-

... kein Kolleg...
... Strafkammer...
... 30 Jahren im...
... sprach ihm die...
... die Dauer von...
... 6 bis 1920 fort...
... einer Haus...
... einer Patete bei...
... direction erklärte...
... en sei. In den...
... worden, die Post...
... müßen.

... und Land...
... 1 ist der Preis...
... 0 Pfennig und...
... 0 Pfennig fest...

... August 1921.

... 0.50 Mk.
... 1.20-1.40 Mk.
... 2.— Mk.
... 5.00 Mk.
... 3.00 Mk.
... 1.00 Mk.
... 0.25-0.50 Mk.
... 1.00 Mk.
... 0.50-0.80 Mk.
... 0.70 Mk.
... 1.00 Mk.
... 2.00 Mk.
... 1.50 Mk.

... Kollekte für...
... Schenkl. Rachmittag

... in Naunhof

... pferd-...
... ife

... Milchschaf...
... e Haut und bleed...
... e. Ferner macht...
... Cream" ...
... de Haut weiß u...
... Oberall zu haben

... Militär-Verein...
... Naunhof

... er-Monats-Ver...
... standet bereits...
... den 3. Septibr...
... in Ratskeller stall...
... erlebnisse)

... den 10. Septibr...
... ch Lindhardt...
... d Musik. 7 Uhr...
... morlich. D. B.

... „Edelweiß“...
... den 3. Sept.

... sffung

... rdi, mit anstchl...
... er Mühle. Ad...
... Musik 1/8 Uhr...
...ammelt sich abds...
... n. D. B.

... „Triumph“...
... abend,

... mber, 1/9 Uhr

... rksamlung

... mühle. D. B.

... eelachs

... arich

... öflinge

... t Wendler.

... nkbar

... m 2. Tage ...

... l. in H. Wenn

... eierisch angele

... versagt.

... Sie sich bei

... törung

... nur an mich.

... vollkommen

... Garantie. Zu-

... illig disktr.

... anburg, August 1